

Fachgruppe mit fünf Genossen die Lehrfächer Philosophie, Polit-Ökonomie und Wirtschaftspolitik vereint. An keiner Bezirksparteischule bestehen Lehrstühle für Wirtschaftspolitik und für Parteaufbau. Dieser Zustand erweist sich als ein ernstes Hindernis für die Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit; er sollte schnell beseitigt werden.

Eine weitere Bedingung, um die neuen Aufgaben an den Bezirksparteischulen zu erfüllen, ist, die Erziehungsarbeit zu verbessern. In Verbindung mit dem Studium des Marxismus-Leninismus ist darauf zu achten, daß die Schüler sich ein Höchstmaß an Wissen aneignen und zu Kämpfern erzogen werden, die selbständig und unbürokratisch handeln. Gegenwärtig gibt es in diesen Fragen ebenfalls noch ernste Mängel. An der Bezirksparteischule Dresden sind pro Woche etwa 15 Stunden für das Selbststudium und 4 Stunden für das Zeitungsstudium festgesetzt. Das Studium der Zeitung ist gut. Was aber hat die Schule für einen Sinn, wenn die Schüler wissen, was in den Zeitungen steht, den Inhalt der Werke der Klassiker aber nicht gründlich kennen? In den meisten Bezirksparteischulen werden den Genossen jeder Schritt, jede Seite Studium vorgeschrieben. Die Schüler in Berlin und Dresden, die nicht im Internat wohnen, dürfen die Schule erst nach 18 Uhr verlassen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie auf diese Weise zur Selbständigkeit und zu hohen Anforderungen, die sie an sich selbst stellen sollen, erzogen werden.

Auch die noch immer vorhandenen „Wettbewerbe“ im Studium (wenn heute auch in abgewandelter Form) dienen nicht der Erziehungsaufgabe. Die Gebiets-Parteischule Wismut versucht, die Studienergebnisse dadurch zu verbessern, daß sie Diagramme über die Zensuren, gute und schlechte Arbeiten usw. ausstellt. An der Bezirksparteischule Berlin wird ein „Wilhelm-Pieck-Auf gebot“ durchgeführt. Sein Inhalt ist das außerplanmäßige Studium des Werkes des Genossen Walter Ulbricht „Zur Geschichte der neuesten Zeit“. So gut diese Absichten alle sein mögen — doch diese Methoden widersprechen den Prinzipien des Studiums und führen zum Formalismus in der Studienarbeit. Deshalb sind sie abzulehnen. Auch die Zwischenprüfungen und die Beantwortung schriftlicher Prüfungsfragen in den Einjahrlehrgängen sind formale Methoden. An der Bezirksparteischule Berlin sollten von den Schülern im Laufe des Studienjahres zwölf mal Prüfungsfragen schriftlich beantwortet werden. Verlieren nicht auf diese Weise die Prüfungen den Wert der Kontrolle und des Ansporns? Führen sie nicht zu einer ständigen Prüfungsnervosität? Stören sie nicht das Selbststudium?

Unbefriedigend sind auch die unmittelbare Beeinflussung und Erziehung der Schüler durch die Lehrer, so bei den Konsultationen, beim Studium usw. Allerdings liegt eine Ursache dafür in der zum Teil noch nicht ausreichenden Zahl der Lehrer an den Bezirksparteischulen. Doch dieser Seite der Erziehungsarbeit sollte stets genügend Zeit gewidmet werden.

Anstelle einer persönlichen Beschäftigung und der Hilfe für die Schüler durch Konsultationen usw. gibt es an den Parteischulen einen Haufen von bedrucktem Papier. Die Schulleitungen, Parteileitungen und Lehrstühle geben eine Fülle von Richtlinien, Anleitungen, Hinweisen und Thesen zu den Lektionen, zu den Seminaren und Übungen, zu den Prüfungen und Zwischenprüfungen, zu den verschiedensten Anlässen heraus. Es erscheinen Richtlinien über das Erziehungsziel des Unterrichts, Arbeitspläne, Sitzungstermine usw. In Potsdam waren allein für den Monat Oktober sieben Sitzungen der Schulleitung vorgesehen.